

Die Revolution vom November 1918 beendete den Ersten Weltkrieg, bewirkte den Abgang des Kaisers und der anderen deutschen Fürsten und führte zur Errichtung der parlamentarischen Demokratie. Eingeleitet wurde die Revolution durch eine Militärrevolte, die auf der in Wilhelmshaven stationierten Flotte begann und am 3. November auf die Marineeinheiten und Kriegsschiffsbesatzungen in Kiel übergriff. Die Mehrheit der Kieler Arbeiter schloß sich an, und die Revolution breitete sich innerhalb einer Woche auf ganz Deutschland aus. Am 7. November, zwei Tage, bevor die Revolution Berlin erreichte, wehten auch in Rendsburg rote Fahnen, obwohl doch eine bürgerlich orientierte Garnisonstadt in der preußischen Provinz absolut nicht dafür disponiert war. Um so aufschlußreicher ist es, den Ablauf der Ereignisse unter solchen Voraussetzungen zu verfolgen.

Die Militärrevolten in Wilhelmshaven und Kiel kamen durch den bereits verlorenen, aber immer noch nicht beendeten Krieg zustande. Bis zum Sommer 1918 hatten fast alle Deutschen mit einer siegreichen Beendigung des Krieges gerechnet. Selbst die Regierung war überrascht, als die Oberste Heeresleitung am 29. September 1918 den Krieg für verloren erklärte und die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen forderte. Sie hoffte, daß der Waffenstillstand und der anschließende Friedensvertrag noch auf der Basis der von dem amerikanischen Präsidenten Wilson aufgestellten 14 Punkte zu erlangen war. Als sich in den am 5. Oktober beginnenden Verhandlungen zeigte, daß dies nicht mehr möglich war, wollte die Oberste Heeresleitung den Krieg weiterführen, der zwar nicht mehr zu gewinnen war, sich aber noch eine Zeitlang fortsetzen ließ. Man hoffte, daß auch die Gegner im Westen kriegsmüde waren und somit annehmbaren Friedensbedingungen für Deutschland letztlich zustimmen würden. Jetzt aber zeigte es sich, daß der Durchhaltewille der Deutschen gebrochen war. Militär und Arbeiter begannen zu revoltieren.

Als die vor Wilhelmshaven liegenden Flotteneinheiten, wohl zu einer letzten großen Schlacht, auslaufen sollten, verweigerte die Mehrheit der Besatzungen den Gehorsam, und das Feuer unter den Kesseln wurde gelöscht. Dann allerdings wurde der Matrosenaufstand durch andere Marineeinheiten unterdrückt, und etwa 1000 Matrosen wurden festgenommen. Dies war der Anlaß für den Matrosenaufstand in Kiel, dem sich die Arbeiter anschlossen. Auch die Sozialdemokraten unter ihrem Vorsitzenden Ebert konnten sich der revolutionären Bewegung nicht entziehen und machten gute Miene dazu; aber doch wohl von Anfang an nur, um Extremisten nicht das Feld zu überlassen und die revolutionäre Entwicklung in Grenzen zu halten.

Die Kieler Matrosen und Arbeiter, soweit sie den Aufstand mitmachten, veranstalteten am 3. November 1918 einen Demonstrationzug, befreiten Arrestanten und lieferten sich ein Feuergefecht mit Soldaten, die ihren Offizieren noch gehorchten. Am nächsten Tag wurde im Gewerkschaftshaus ein Sympathiestreik beschlossen, wieder gab es Umzüge mit roten Fahnen, wieder wurden Inhaftierte befreit. Vom Bahnhof holte

Edward Hoop November 1918 – die Revolution in Rends- burg



Schleswig-Holstein heute

¹ Rendsburger Tageblatt (fortan: RTagebl.) vom 5. 11. 1918;

² Beilage zum RTagebl. vom 6. 11. 1918;

man den Sozialdemokraten Gustav Noske ab, der von der Regierung geschickt worden war, um die Revolution zu bremsen, was die Matrosen und Arbeiter aber nicht erkannten. Und so wurde Noske zwei Tage später Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates, der eilig gebildet wurde.

Arbeiter- und Soldatenräte spielten in den folgenden Wochen eine wichtige Rolle. Man griff hier auf das Vorbild der russischen Revolution zurück. Alle Macht im Staate sollte von diesen Organen ausgeübt oder doch zumindest kontrolliert werden. Gewählt wurde, ziemlich improvisiert, von den Militäreinheiten und von den Arbeitern der einzelnen Betriebe.

Die Rendsburger erfuhren erst am 5. November aus der Zeitung von den Ereignissen in Kiel.¹ Zu diesem Zeitpunkt bereitete sich aber hinter den Kulissen – in der SPD, in den Betrieben, in der Garnison – auch in Rendsburg schon etwas vor. Am selben Tag machten sich die Matrosen in Kiel zu Herren der Kriegsschiffe, hißten statt der kaiserlichen Kriegsflagge die rote Fahne, inhaftierten Offiziere, nahmen ihnen zumindest Säbel und Kokarden ab. Die Matrosen forderten, vertreten durch ihre Soldatenräte, Abbruch aller laufenden militärischen Operationen und Freilassung aller militärischen Gefangenen. Offiziere sollten nur in ihren Positionen bleiben, wenn sie sich den Arbeiter- und Soldatenräten unterstellten.

Am 6. November war es auch in Rendsburg soweit: Ein Extrablatt² wurde verteilt, dessen Schlagzeile lautete: „Die Flamme der Freiheit ist auch in Rendsburg aufgelodert.“ Um 14 Uhr versammelten sich aufständische Soldaten und Arbeiter

Teil der Infanteriekaserne in der Baronstraße in Rendsburg



mit roten Fahnen und Abzeichen am Bahnhof, hißten dort die rote Fahne, besetzten anschließend öffentliche Gebäude, militärische Einrichtungen und Betriebe, zogen zum Paradeplatz und schließlich auf den Kasernenhof der Infanteriekaserne (wo heute noch das Kreishaus steht). Noch am selben Tag konstituierte sich ein Arbeiter- und Soldatenrat unter Beteiligung der Rendsburger Sozialdemokraten, der die Zivil- und Garnisonverwaltung übernahm.³ Die Forderung der neuen Herren lautete: *Ruhe bewahren! Jeder bleibt auf seinem Posten!*

Der nächste Tag, der 7. November, begann in Rendsburg mit einer Versammlung auf dem Infanterie-Kasernenhof, vormittags 10 Uhr. Mittags zogen dann alle Beteiligten, die Militärkapelle voran, zur Strafanstalt, um sechs dort einsitzende Matrosen aus Wilhelmshaven abzuholen. Um 14 Uhr fand auf dem Kasernenhof eine Versammlung von Arbeitern der Rendsburger Betriebe statt. Hauptredner war ein Soldat namens Mark, im Zivilberuf Schriftsteller. Er schloß mit einem Hoch auf das deutsche Volk und die deutsche Intelligenz. Dann veranstaltete man einen Umzug mit den sechs befreiten Matrosen durch die Stadt.

Widerstand scheint es in Rendsburg nicht gegeben zu haben. Zivile und militärische Behörden fügten sich den Abordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates, die zu ihnen geschickt wurden. Lediglich der Landrat wurde für kurze Zeit festgenommen.

Am 8. November veröffentlichte das „Rendsburger Tageblatt“ eine Verlautbarung des Arbeiter- und Soldatenrates, in der die neue Ordnung vorgestellt wurde: Militärische Angelegenheiten regelt der Soldatenrat, zivile der Arbeiterrat; Dinge von grundsätzlicher Bedeutung werden von beiden beschlossen. Der Arbeiterrat ist von den Vertrauensleuten der Betriebe gewählt worden, der Soldatenrat besteht aus Soldaten und Unteroffizieren aller örtlichen Militäreinheiten. Arbeiter- und Soldatenrat haben je 15 Mitglieder. Davon gehören 6 Mitglieder zum engeren Ausschuß.

Die Mitglieder des Arbeiterrates waren Mitglieder der SPD oder der USPD. Den Vorsitz hatte August Hering, ein Sozialdemokrat, keineswegs ein Radikaler. Zweiter Mann war Christoph Regenfuß, von Beruf Geschäftsführer in Rendsburg, seit 1913 Stadtverordneter. Die Geschäftsstelle des Arbeiterrates wurde im Rathaus, Zimmer 5, eingerichtet.⁴

Die Revolution hatte sich inzwischen auf ganz Deutschland ausgeweitet. Ziel war keineswegs mehr nur die sofortige Beendigung eines aussichtslosen Krieges. Die Zeit war gekommen, aus Deutschland eine demokratische Republik zu machen. Am 9. November, um die Mittagszeit, war Berlin in den Händen der Aufständischen. Der Reichskanzler, Prinz Max von Baden, übergab Friedrich Ebert die Regierungsgeschäfte. Die Abdankung des Kaisers wurde bekanntgegeben, die Republik ausgerufen, und zwar zweimal: einmal die parlamentarische Demokratie durch den Sozialdemokraten Scheidemann und einmal der sozialistische Rätestaat durch den Sozialisten Karl Liebknecht. Zunächst einmal gab Ebert seiner Regierung einen

³ Bericht über die Geschehnisse vom 6. November im RTagebl. vom 7. 11. 1918;

⁴ RTagebl. vom 9. 11. 1918;

revolutionären Anstrich, indem er den „Rat der Volksbeauftragten“ bildete, bestehend aus 3 Mitgliedern der SPD und 3 Mitgliedern der USPD. Die Revolution hatte damit zwar gesiegt, aber Ebert war entschlossen, dafür zu sorgen, daß sie nicht zu einer kommunistischen Revolution wurde. Deshalb war es sein Ziel, möglichst bald Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung zu veranlassen.

In Rendsburg kam es am 9. November zu einem militärischen Zwischenfall.⁵ Acht Minensuchboote hatten, von See kommend, Cuxhaven anlaufen wollen. Über die politische Lage an Land war die Besatzung sich nicht klar; zwar hatten sie einen Soldatenrat gebildet, aber die Offiziere hatten weiterhin das Kommando, und die Kriegsflagge blieb gehißt. Da die Matrosen befürchteten, vor Cuxhaven von kaisertreuen Schiffen abgefangen zu werden, liefen die acht Boote Tönning an, um von dort eideraufwärts über Rendsburg und den Kanal nach Cuxhaven zu gelangen. Als sie sich Rendsburg näherten, war die Kriegsflagge immer noch gehißt. Daraufhin ließ der Rendsburger Soldatenrat Teile der Garnison zu beiden Seiten der Eider in Stellung gehen. Die acht Schiffe wurden gestoppt, es kam zu Verhandlungen, und die auf die Schiffen gebildeten Räte erklärten sich bereit, die rote Fahne zu hissen. Die Offiziere mußten nachgeben und sich den Soldatenräten unterstellen. Darauf wurde die Weiterfahrt nach Brunsbüttel gestattet.

Am selben Tag, dem 9. November, gab der schleswig-holsteinische Oberpräsident v. Moltke bekannt, daß er bereit sei, auf dem Boden der Gesetze unter Hinzuziehung des Beigeordneten Kürbis zunächst weiterzuarbeiten. Kürbis war Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Kiel. Der Oberpräsident ersuchte die ihm unterstellten Behörden, sich nach den gleichen Richtlinien zu verhalten.⁶ Damit war auch für den Rendsburger Bürgermeister Timm und den Senat die Rechtslage einigermaßen gesichert. Die Rolle, die der Arbeiter- und Soldatenrat beanspruchte, konnte akzeptiert werden, und die Revolution war sozusagen legalisiert.

Am 11. November, abends 8 Uhr, fand in der Stadthalle (heute Stadttheater) eine Bürgerversammlung statt.⁷ Der Saal war voll besetzt, auch viele Frauen waren gekommen. Auf der Bühne saß der Arbeiter- und Soldatenrat. Regenfuß eröffnete die Veranstaltung. Der Referent des Abends, der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates Hering, konnte in seinen Ausführungen Beruhigendes verkünden: Ein Zustand der Gesetzlosigkeit werde nicht eintreten. Hering wandte sich zwar gegen Militarismus und Klassenstaat, betonte aber:

„In dem neuen Staat brauchen wir Ordnung, nicht Anarchie und Zügellosigkeit. Wir sind keine Bolschewisten, wir wollen aufbauen, nicht zerstören. Alle Leute haben ein Recht zu leben, und jeder hat die Pflicht, dem anderen zu helfen. Wir führen den Kampf nicht um des Kampfes willen, sondern wir wollen die Gegensätze aus der Welt schaffen und die Klassen miteinander versöhnen im Namen des Menschentums und der Freiheit.“ Regenfuß schloß die Versammlung mit den versöhnlichen Worten:

⁵ RTagebl. vom 11. 11. 1918;

⁶ veröffentlicht im RTagebl. vom 11. 11. 1918;

⁷ RTagebl. vom 12. und 13. 11. 1918;

„Alle Kräfte müssen ans Werk, um die neue Staatsform zum Segen und Glück Deutschlands gereichen zu lassen.“

Am 13. November verkündete der Rat der Volksbeauftragten in Berlin mit Gesetzeskraft eine Reihe von Grundrechten, außerdem die Einführung des 8-Stunden-Tages, der Arbeitslosenversicherung und des Wahlrechts für Frauen. Das waren Ergebnisse der Revolution. Andererseits wurde aber allen der Schutz des Eigentums zugesichert, und das setzte der Revolution Grenzen.

Die Bürger konnten aufatmen; der Umsturz schien glimpflicher zu verlaufen, als sie es anfangs befürchtet hatten. So gaben auch Rendsbürger Bürger ihre abwartende Haltung auf und versammelten sich am 16. November auf Anregung des Senators Storck, in der Absicht,

„den hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat mit allen Kräften dahin zu unterstützen, die bisherige Regierung in Ruhe und Ordnung in die erwartende neue Regierung überzuleiten.“⁸

Erfahrungen und Kenntnisse der bürgerlichen Kreise sollten dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt werden, wie es hieß. Der Arbeiterrat lehnte allerdings eine solche Mitarbeit von Bürgern ab.⁹ Die Räte sollten sich allein auf Vertreter der Arbeiterschaft stützen. In einem Organisationsstatut der Arbeiter- und Soldatenräte für Schleswig-Holstein, das im Dezember herausgegeben wurde, war dies festgelegt. Die Räte, hieß es weiter, seien Träger der politischen Macht, bis die Organisation der Republik gesichert sei. Bürgerräte würden nicht anerkannt. In jedem Ort sei ein Arbeiter- und Soldatenrat zu bilden, wenn eine Garnison vorhanden sei, sonst nur ein Arbeiterrat. Wahlberechtigt seien Arbeiter und Soldaten, wählbar für die Arbeiterräte nur Mitglieder der USPD und der SPD.

Da die Sozialdemokraten aber eine parlamentarische Demokratie anstrebten, konnten sie nichts dagegen einwenden, daß die bürgerlichen Parteien sich neu konstituierten. Zunächst fand am 6. Dezember in Rendsburg eine Versammlung aller Bürger statt, „soweit sie ihre Vertretung nicht in den Arbeiter- und Soldatenräten erblickten“.¹⁰ Und am 9. Dezember trafen sich die Inhaber von Großhandlungen und Industrieunternehmen in Greens Hotel, um Berufsausschüsse zu wählen, wie sie ankündigten.

Als erste reguläre bürgerliche Partei stellte sich am 11. Dezember die linksliberale Fortschrittspartei unter ihrem neuen Namen „Deutsche Demokratische Partei“ vor.¹¹ In ihrer ersten öffentlichen Versammlung wurde deutlich, daß diese Partei, die ja schon im Juli 1917 eine Reichstagskoalition mit der SPD gebildet hatte, auch jetzt die Zusammenarbeit suchte. Dies galt nicht für die Konservativen, die am 17. Dezember die Gründung der „Deutschnationalen Volkspartei“ ankündigten¹², und ebenfalls nicht für die Nationalliberalen, die mit dem 2. Januar 1919 als „Deutsche Volkspartei“ auftraten.¹³

Auch die Sozialdemokraten betrachteten die Revolution als abgeschlossen. Was sich am 8. Dezember, mittags um 12 Uhr, auf dem Paradeplatz abspielte¹⁴, war offenbar als symbolische

⁸ RTagebl. vom 18. 11. 1918;

⁹ RTagebl. vom 30. 11. 1918;

¹⁰ RTagebl. vom 3. 12. 1918;

¹¹ RTagebl. vom 11. 12. 1918;

¹² RTagebl. vom 17. 12. 1918;

¹³ RTagebl. vom 2. 1. 1919;

¹⁴ RTagebl. vom 9. 12. 1918;

Handlung gedacht, mit der das Ende der Revolution, aber auch der für die Zukunft eingeschlagene Weg gekennzeichnet werden sollte. In Gegenwart des Arbeiter- und Soldatenrates und des Bürgermeisters Timm wurde die schwarz-rot-goldene Flagge gehißt. Regenfuß hielt eine Ansprache, und die Veranstaltung endete mit dem gemeinsam gesungenen Lied „*Brüder, reicht die Hand zum Bunde*“. An die Stelle der roten Revolutionsflagge war die spätere Reichsflagge getreten.

Zwei Tage später, am 10. Dezember, sprach Noske in der Stadthalle. Auch er trat eindeutig für Wahlen zur Nationalversammlung ein.¹⁵

Die Entscheidung, diesen Weg zu gehen, fiel im Dezember in Berlin auf einer Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte. Mit großer Mehrheit sprachen sich die Teilnehmer für Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung aus. Dieser Beschluß zog den Versuch der weiter links orientierten Deutschen nach sich, durch eine zweite Revolution das Räteystem doch noch durchzusetzen. Die Kämpfe in Berlin begannen schon über Weihnachten 1918, dehnten sich auf andere Teile Deutschlands aus und zogen sich bis in das Jahr 1919 hin. Die Sozialdemokraten um Ebert bedienten sich zur Niederschlagung der Aufstände des Militärs, vor allem der erzkonservativen Freikorpsverbände.

In Rendsburg war von diesen für das Schicksal Deutschlands entscheidenden Kämpfen nichts zu spüren. Hier rüstete man sich zum Empfang der heimkehrenden Rendsburger Garnison. Als am 25. und 26. Dezember 1918 die beiden Bataillone des Infanterieregiments Nr. 85 auf dem Bahnhof eintrafen, war der Empfang so, daß man fast den verlorenen Krieg und die roten Fahnen vergessen konnte.¹⁶ Die Stadtvertretung, der Senat und der Bürgermeister, aber auch der Arbeiter- und Soldatenrat waren zum Empfang auf dem Bahnsteig aufgereiht. Die Schülerinnen des Lyzeums verteilten „kleine Präsente“ an die Soldaten, und anschließend erfolgte der Einzug in die Stadt: zwei Kapellen voran, die abwechselnd spielten, dann die Schülerinnen des Lyzeums, Stadtvertreter samt Senat, die Offiziere zu Pferde und die Mannschaften zu Fuß, am Schluß der Troß. Auf dem Hof der Infanteriekaserne gab es eine Ansprache, und zum Abschluß wurde das Deutschland-Lied gesungen. Diese Veranstaltung lief zweimal ab, am ersten Tag für das eine Bataillon, am zweiten für das andere.

Am 27. und am 28. Dezember fanden zwei Veranstaltungen in der Stadthalle statt, in denen die politische Stimmungslage im damaligen Rendsburg deutlich wurde: Am 27. hielt der Arbeiterrat eine Volksversammlung ab, in der Kürbis, der Beigeordnete des Oberpräsident das Hauptreferat hielt.¹⁷ Er vertrat die gemäßigte politische Linie der Sozialdemokraten um Ebert. Einen Tag später nutzten konservativ eingestellte Bürger die allgemeine Stimmung nach dem Empfang der 85er für eine Veranstaltung in ihrem Sinne.¹⁸ Für den politisch denkenden Beobachter mußte deutlich werden, daß die bürgerliche Rechte dem Staat, den die Sozialdemokraten wollten, ablehnend gegenüberstand.

¹⁵ RTagebl. vom 11. 12. 1918;

¹⁶ RTagebl. vom 27. 12. 1918;

¹⁷ RTagebl. vom 28. 12. 1918;

¹⁸ RTagebl. vom 29. 12. 1918.

Die beiden Veranstaltungen in der Stadthalle zeigen die brüchigen Grundlagen der Weimarer Republik: eine verbürgerlichte Revolution und ein Bürgertum, das nichts dazugelernt hatte. Die halbherzig durchgeführte Revolution führte zu einer halbherzig angenommenen Demokratie, die 14 Jahre später den Nationalsozialisten geopfert wurde.

